

Krieg & Frieden

Zwei aktuelle Ereignisse:

- Friedensnobelpreis für US-Präsident Obama; der bedankt sich für den Preis, indem er erklärt, dass Krieg manchmal nötig und gerechtfertigt sei.
- EKD-Ratsvorsitzende Bischöfin Käßmann kritisiert den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr mit dem christlichen Ideal des Friedens

Gelegenheit, die kontinuierliche Erklärung der weltpolitischen Lage und gewaltsamen Konfrontationen mal weniger an Ländern und Kriegen, mehr *grundsätzlich abzuhandeln*: *Wie verhalten sich Krieg und Frieden in unserer Welt zueinander?*

I. Ein unmittelbarer Gegensatz vom Standpunkt der Betroffenen aus, denen ihr Staat das eine oder andere serviert

1.

a) *Krieg* – furchtbar – da gilt ein Menschenleben nichts. Die Barbarei, die zu dieser Weltordnung gehört; immer ist irgendwo Krieg:

Töten, Zerstören ist da beabsichtigt, wird möglichst effektiv ausgeführt, zu dem Ziel, einen störenden, feindlichen Machtwillen zu brechen: Es geht darum, dem Feind die menschliche und materielle Basis und die Mittel seiner Macht wegzunehmen, ihn ohnmächtig zu machen, damit er sich dem eigenen Machtwillen beugt.

b) *Frieden* – die Abwesenheit von all dem:

Da dürfen die Menschen leben bis sie einen natürlichen Tod sterben; Lebensbedingungen, Städte etc. bleiben stehen; das zivile Leben darf seinen Gang gehen. Es ist nicht eine einzige Kraftanstrengung und Entbehrung, dem Ziel der Vernichtung des Feindes untergeordnet.

Dass die großen Staaten des Westens heute asymmetrische Kriege, d.h. Krieg aus der Position absoluter Überlegenheit heraus führen: stets mit viel weniger Kräften, als sie mobilisieren können; weit entfernt vom heimatlichen Boden, ohne Unterbrechung des zivilen Alltags.; macht die Frage weniger existenziell für sie und ihre Bürger (sind halt echt Kriege von *Imperien*) ändert aber nichts an der Sache: Man muss nur mal an die andere Seite des asymmetrischen Krieges denken.

2.

a) Wunsch nach Frieden ist eine sehr *bescheidene Forderung*: Nur Abwesenheit des Krieges; *Verschonung* vor dem letzten Staatsdienst Sterben für die politische Macht, der man untersteht.

b) Leute, die von den Politikern *fordern*, sie sollten, so lange es irgend geht, *Frieden schaffen* und *Krieg verhindern*, sind sich ihrer Präferenz gar nicht bewusst, *wie nahe* sie die beiden selbst zusammenrücken: Es sind die *Alternativen*, die beide *auf dem gleichen Boden* stehen: der Außenpolitik, des Verhältnisses zu anderer souveräner Staatsmacht. Die Außenpolitischen Interessen des Gemeinwesens schließen beide Alternativen ein: Friedlicher Handel und Wandel, Interessenausgleich; wie die feindselige Konfrontation der nationalen Interessen.

→ Da könnte man ja mal stutzig werden; anstatt ziemlich blind das eine für einen Segen zu halten und das andere für ein demgegenüber ganz äußerliches Unglück.

Fragen: Was das für Interessen sind, die möglichst friedlich verwirklicht werden sollen, aber manchmal auch Krieg verlangen?

II. Vom Gewaltbedarf der kapitalistischen Konkurrenz nach innen und nach außen

1.

Die Forderung idealistischer Bürger rennt bei den Politikern offene Türen ein: *Auch sie wollen Frieden*. Sie akzeptieren – so weit es geht – den Auftrag: *Aber nicht um jeden Preis*.

- Krieg unterbricht und verhindert das, worum es kapitalistischen Staaten immer und also auch im Verkehr mit dem Ausland geht: Den lohnenden geschäftlichen Austausch, der Profit und Wachstum erzeugt; die privaten Unternehmer und die öffentliche Hand bereichert.
- Ja er gefährdet und vernichtet den Reichtum, um den es geht.

2.

Die ökonomische Benutzung anderer Länder besteht – nicht wie bei den Römern in Eroberung, Vernichtung der fremden Herrschaft und Raub der Ernte – *nur in kapitalistischem Geschäft* im Prinzip *wie im Inland*.

Tausch – nicht ungleicher Tausch: Es ist (auch im Inland) nichts als ein Kräftemessen zwischen Käufer und Verkäufer; d.h. Ausnutzen der Not derer, die kaufen müssen, die verkaufen müssen, die sich verkaufen müssen.

3.

Daran sieht niemand etwas Schlechtes; man weiß deshalb auch nicht, was daran kriegsträchtig sein könnte, wenn es zwischen Staaten passiert. [*Kant: Handelsgeist sorgt für ewigen Frieden!*]

Dabei gibt es diese *gegensätzliche Kooperation eigensüchtiger Privateigentümer* nur als Werk und unter der Aufsicht und Garantie eines *staatlichen Gewaltmonopols*. Der Staat als Herr und Hüter der Verträge lässt nur die Geschäfte zu, die im Prinzip ihm und seiner Gesamtwirtschaft nutzen: Er entscheidet, was „fair“ ist.

4.

Im grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr sind nun aber *zwei Hoheiten, Richter, Garanten* im Spiel, deren jede nur *ihren Bereicherungsstandpunkt* und Vorteil *als Maßstab ihrer Bewilligung* gelten lässt. [Anders als im Inland, wo Verträge durch staatliche Aufsicht unbedingt gelten und den Verlierer der Konkurrenz zwingen, seinen Schaden hinzunehmen!]

Garantiert und dauerhaft vorteilhafte Austauschbeziehungen mit anderen Nationen und im Konfliktfall den Nutzen hat eine Nation nur, wenn sie sich die *Kooperations- und Konzessionsbereitschaft* ihrer Partner *unabhängig von der eigenen Vorteilskalkülen* sichern kann.

→ Streben nach *Dominierung*, Kontrolle, Beherrschung der Partner, damit ihre ökonomischen Potenzen zuverlässig als Mittel der eigenen nationalen Bereicherung wirken.

III. Der ganze friedliche Handel wird begleitet von und beruht auf einer permanenten Konkurrenz der Staaten als Gewalten

Auf dieser grundlegenden Konkurrenz beruht die ökonomische, durch diese wird jene gestaltet.

„Si vis pacem para bellum!“ Frieden beruht auf, ist Resultat von Kriegsfähigkeit.

1.

Rüstung und stehende Heere mitten im Frieden: Staaten bauen sich als bedrohliche Gewaltmonster gegeneinander auf: *Abschreckung*.

Sie zielen auf die friedliche Nutzung ihres Gewaltpotenzials: *Sie verlangen* von ihren Partnern und Konkurrenten, gegen die ihre Waffen gerichtet sind, *Anerkennung für das Kaliber bedrohlicher Gewalt, das sie sind* – und leiten daraus die Ansprüche ab, die sie anderen abverlangen können: Was ihnen wegen der

Größe ihrer Macht zusteht, d.h. Was sie sich zurechnen, das nennen sie ihre Rechte, die andere zu respektieren haben. [Deswegen „verteidigen“ Staaten grundsätzlich nur – und bestrafen „Rechtsbrüche“ anderer]

Natürlich halten es die Adressaten dieser Ansprüche ebenso: Sie wollen sich nicht fremdem Staatswillen beugen, sondern diesen beugen. Sie rüsten dagegen (jeder macht grundsätzlich: Nach-Rüstung).

2.

Damit dreht sich alles um: Die ganze *zivile Bereicherung der Nation* und ihre Geschäfte mit anderen bekommen eine *strategische Bedeutung*.

- *Wirtschaftskraft ist die Basis der Militärmacht*: Die kapitalistisch potentesten Staaten sind auch global die größten Militärmächte. Ausnahmen werden als unfaire Verletzung der Gerechtigkeit des imperialistischen Kräftemessens aufgefasst: Russland – obwohl ökonomisch und als Bündnisvormacht deklassiert – hat immer noch eine weltmachtmäßige Atomrüstung und ein entsprechendes Gewicht = Rechte.
- Der *Geschäftsverkehr* mit dem Ausland wird *kritisch bewertet* danach, *ob er andere Souveräne stärkt* und womöglich durch den ökonomischen Nutzen, den er aus dem Geschäft zieht, *gewaltmäßig unkontrollierbar wird*.

Problemfall China: Auf dem erlaubten Weg wirtschaftlicher Konkurrenz beschafft das Land sich die Mittel zur weltpolitischen Rivalität

Handelsembargo, Sanktionen: Verweigerung des Austauschs zwecks Schädigung und Schwächung einer anderen Macht.

3.

Dauernd führen Staaten *virtuell Krieg: Denken strategisch*.

- schätzen ab, was ein anderer Staat an Macht und Respekt erzwingen könnte, wenn er sich die und die *Waffe zulegt*; was man deswegen selbst braucht und ihm zu beschaffen untersagen muss. (Iran, 2003 Irak)
- Sie *organisieren Bündnisse* gegen Mächte, gegen die sie alleine nicht bedrohungsfähig wären: Die Welt aufgeteilt in Blöcke und Lager.
- So bekommen auch kleinere Staaten ihre imperialistische Rolle und ihr imp. Gewicht: Sie verbinden die unvermeidliche Unterordnung unter größere Mächte – gegenüber ihrer Bündnisvormacht – mit Abschreckungsfähigkeit gegen Dritte.

NATO: Dann Kampf im Bündnis um Rechte und Gewicht: Durch Beiträge zur Front der Vormacht sich unverzichtbar machen; durch Verweigerung von Beiträgen der Vormacht Rücksicht abzwängen. Diese kämpft umgekehrt: Benutzung ohne sich von den Vasallen abhängig zu machen.

Scherz: Das kapitalistisch gewendete Russland wollte der NATO beitreten!

4.

Wann wird aus dem theoretischen Krieg, dem virtuellen Vergleich und diplomatischen Einsatz der Waffen und Bedrohungspotenziale ein heißer Krieg?

Nicht wegen diesem oder jenem Handelsvertrag, Rohstoffvorkommen, ökonomischen Konkurrenzverlauf – auch wenn das alles Stoff der entscheidenden Abwägungen sein kann.

Sondern: Wenn ein Staat zu dem Schluss kommt, ein anderer *verweigert* ihm absichtlich und *grundsätzlich die Anerkennung*, die er für sich und die von ihm reklamierten Rechte auf Basis der Macht, die er ist, beanspruchen kann.

Wenn er also meint, dass er zur *Verteidigung seines Status in der Staatenwelt*, d.h. seiner anerkannten und respektierten Rechte, den Vergleich der Waffen wagen muss und dies – im Vergleich mit den Mitteln des Friedens – auch kann.

Es gibt keinen absoluten Kriegsgrund: Alles ist Kalkül und gewählt. (Auch nicht Terror oder Angriff auf das eigene Territorium.)

Krieg macht ein Staat, wenn er die Basis seines Friedens – den Respekt anderer vor seiner Macht und die Rechte, die er deswegen gegen sie hat – *in Gefahr sieht*.

Von wegen: Gewalt löst keine Probleme!

Krieg löst dieses Problem – so oder so: Schafft neuen Frieden = eine klare Über- und Unterordnung von Staaten; Neuverteilung ihrer Rechte: *Jeder Frieden ist ein Kriegsresultat*.

Frieden ist dann der Zustand, in dem Staaten eine *Entsprechung zwischen ihrem Gewaltpotenzial und seiner Anerkennung* durch andere sehen; einsehen, dass sie sich gefallen lassen müssen, was sie sich gefallen lassen müssen; und respektiert bekommen, worauf sie Anspruch erheben.

Es ist dann wiederum der ökonomische und politische Machtgewinn im friedlichen Verkehr, der dieses Gleichgewicht wieder aufhebt.

IV. Warum der Ruf nach Friedenspolitik so untauglich gegen Krieg und Kriegsvorbereitung ist

a) Weil der Einspruch so spät einsetzt: Heißer Krieg oder Staatenkonkurrenz mit allen Mitteln darunter.

Es werden sowohl die Ziele der Nation als auch ihre Feind-Definitionen geteilt.

b) Blöder Einspruch: Könnte man dasselbe Resultat nicht auch mit friedlichen Mitteln erreichen: Krieg und Frieden wie gleichwertige alternative Methoden, außenpolitische Ziele zu erreichen.

Das Einfordern neuer, phantasievollerer Wege der Konfliktlösung setzt alles voraus; spricht etwas an, was die Politik selbst schätzt. *Nur beruht* das auf Gewalt.

c) Friedensfreunde werden an ihrem Fehler gepackt: Gefragt, wie willst du unsere Ziele ohne Schießen erreichen – angesichts dessen, dass der Gegner ja auch eine Gewalt ist.

(Die 2 Herausforderungen: gewalttätiger, nationalistischer Antiimperialismus (Al Kaida, Taliban) und China.)

Dann steigen die friedensorientierten Außenpolitiker ins Kalkulieren ein: Embargo, UNO – Schießen als „ultima ratio“.

d) Der moralische Bonus wird ihnen abgesprochen: Heuchler

e) Unmittelbar kriegerische Parteinahme als einzig reelle Form der Verantwortung eingeklagt:

- Soldaten nicht in den Rücken fallen.

- Taliban fördern; 5. Kolonne.

V. Nachtrag: Antimilitarismus

- Schon besser: *gegen* Krieg als *für* Frieden. Hält wenigstens offen, ob man gegen eine Ordnung und ihre Interessen, die auf innerer und äußerer Gewalt beruht, protestiert oder nur gegen eine vermeintlich unnötige oder schlimme Methode der Politik.
- Verkehrt wird es, wenn gegen Militarismus (oder gar *Militarisierung* unserer Gesellschaft) = gegen einen *Ungeist* gerichtet, der Militär für etwas gutes, edles hält. (Es ist kein – zu uns nicht passender – Ungeist – weder Geist noch unpassend.)
- Dagegen die Antwort der staatstragenden Parteien: Wir sind nicht *militaristisch*; nur so viel wie nötig.
- Überhaupt richtet sich der Geist nach der politischen Lage – und nicht umgekehrt. Auch der der Volksmassen.